

Ein Toter bei Busunfall

Heppenheim/Darmstadt (dpa). Ein Reisebus mit 53 Menschen an Bord ist gestern auf der Autobahn 5 in Südhessen auf einen Kranwagen aufgefahren. Ein 49 Jahre alter Fahrgast kam dabei ums Leben. Der Mann habe auf dem Beifahrersitz gesessen, sagte ein Sprecher der Polizei in Darmstadt. Die rechte Vorderseite des Busses aus Süddeutschland wurde bei dem Unfall komplett aufgerissen.

Ein weiterer Passagier wurde eingeklemmt und schwer verletzt, mehrere andere Insassen erlitten leichte Verletzungen. Der Fahrer erlitt einen Schock. Der Bus war in der Nähe von Heppenheim bei Regen auf den Kranwagen aufgefahren. Wie es zu dem Unfall kam, war zunächst nicht bekannt. Auch über das Ziel des in Baden-Württemberg zugelassenen Busses konnte die Polizei zunächst nichts sagen.

Baden-Baden: Explosion in Wäscherei

Baden-Baden (mjr). Nach einer Explosion in einer Wäscherei im Baden-Badener Stadtteil Sandweier sind gestern 150 Menschen in Sicherheit gebracht worden. Der Feuerwehr gelang es nach Angaben der Polizei schließlich, die chemische Reaktion zu stoppen. Zuvor war das Gebiet im Umkreis von 300 Metern abgesperrt und die benachbarten Häuser und Firmengebäude evakuiert worden. Nach fünf-stündigem Einsatz gab es Entwarnung.

Die Explosion wurde ausgelöst, als Reinigungsflüssigkeiten, die im Keller der Wäscherei in Tanks gelagert werden, miteinander in Kontakt kamen. Teile des Firmengebäudes wurden bei der Explosion beschädigt.

Märklin erwartet 60 000 Modellbahnfans

Göppingen (dpa). Drei Tage lang will Märklin Göppingen zum Zentrum der Modellbahnfreunde machen. Zu den Märklintagen und der Internationalen Modellbahn-Ausstellung (IMA) vom 16. bis zum 18. September erwartet das Unternehmen mehr als 60 000 Besucher.

Modellbahnen seien immer noch in Mode, sagte Märklin-Geschäftsführer Stefan Löbich. „Die Eisenbahn fährt jeden Tag und ist kein Auslaufmodell.“

Hohe Zahl an Analphabeten

Volkshochschulen bieten Hilfe mit speziellen Kursen an

Stuttgart (dpa). Knapp eine Million erwerbsfähige Menschen in Baden-Württemberg können nicht richtig lesen und schreiben. Als sogenannte funktionale Analphabeten ist ihre Schrift- und Lesekompetenz so eingeschränkt, dass eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft nicht möglich sei, sagte Martina Haas, Fachreferentin für Sprachen beim Volkshochschulverband Baden-Württemberg.

Anlässlich des Weltalphabetisierungstages betonte sie, dass noch viel für die Alphabetisierung der Menschen getan werden müsse. Die Zahlen für den Südwesten entsprechen der wissenschaftlichen Studie „Level-One“ der

„Kleine Klassen müssen das Ziel bleiben“

GEW-Chefin erinnert an Versprechen / Berufsschulen fühlen sich als „Stiefkind“

Stuttgart. Die grün-rote Landesregierung darf nach Ansicht der Lehrgewerkschaft GEW das Ziel kleinerer Klassen nicht aus den Augen verlieren. „Das Kultusministerium hat angedeutet, dass die Ankündigung der alten Landesregierung, den Klassenteiler auf 28 Schüler abzusenken, nicht eingehalten werden soll“, kritisierte die Landeschefin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Doro Moritz. „Individualisiertes Lernen ist in Großklassen nicht möglich. 25 Kinder in einer Klasse sind genug“, sagte Moritz der Nachrichtenagentur dpa in Stuttgart.

Unterdessen meldete auch der Berufsschullehrerverband harte Kritik an der neuen Landesregierung an. Vor der Landtagswahl versprochene Verbesserungen im beruflichen Schulwesen seien nach dem Regierungswechsel nicht angegangen worden. „Abwarten, nicht Aufbruch, heißt jetzt die Devise von Grün-Rot“, monierte die Landeschefin des Verbandes, Margarete Schaefer. Der Abbau des Unterrichtsdefizits und der Überstundenbugwelle würden ebenso auf die lange Bank geschoben wie der Rechtsanspruch auf einen Platz am beruflichen Gymnasium. Die beruf-

„25 Kinder in einer Klasse sind genug“

liche Bildung sei das „Stiefkind“ von Grün-Rot, die geplante Gemeinschaftsschule das „Lieblingskind“.

Darauf reagierte Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) mit dem Hinweis, aus finanziellen Gründen sei es nicht möglich, die Versäumnisse der Vergangenheit so schnell aufzufangen, wie dies wünschenswert wäre. „Die Lehrer können sich darauf verlassen, dass die neue Landesregierung die beruflichen Schulen stärker unterstützen wird als das in der Vergangenheit der Fall war.“ Die SPD-Landtagsfraktion warb ebenfalls um Geduld. Ein erster Schritt seien 100 neue Berufsschulklassen und 139 neue Vollzeit-Stellen zum neuen Schuljahr, meinte der Abgeordnete Gerhard Kleinböck. Er und sein Grünen-Kollege Siegfried Lehmann warnten die Berufsschullehrer davor, die einzelnen Schularten gegeneinander auszuspielen.

Die GEW-Vorsitzende Moritz verwies auf Äußerungen Warminski-Leitheußers, wonach



DRANGVOLLE ENGE in den Klassenzimmern soll es nach dem Willen der grün-roten Landesregierung nicht mehr geben. Im Schuljahr 2013/14 soll der Klassenteiler bei 28 liegen. Foto: dpa

der Plan der schwarz-gelben Vorgängerregierung, den sogenannten Klassenteiler auf 28 Schüler zu reduzieren, nicht finanziert sei. Demnach würde ab dem Schuljahr 2013/14 eine Klasse geteilt, sobald sie mehr als 28 Schüler hat.

Die grün-rote Koalition verzichte auf eine weitere Absenkung, weil sie die gewünschte Förderung eines jeden Schülers nicht voranbringe, berichtete Moritz. „Den Eltern ist das versprochen worden. Die interessiert nicht, wie das finanziert wird.“ Schließlich wolle

Grün-Rot mehr Geld für Bildung ausgeben.

Der Berufsschullehrerverband fordert insgesamt 1 200 Vollzeitstellen in den nächsten drei Jahren; von diesen könnten 900 Stellen haushaltsneutral aus den allgemeinbildenden Schulen mit rückläufigen Schülerzahlen abgezogen werden. Damit könnten unter anderem das strukturelle Defizit von 4,4 Prozent, also eine bereits im Stundenplan vorgesehene Stundeneinsparung, sowie Überstunden abgebaut werden. Im Südwesten unterrichten 20 000 Lehrer an Berufsschulen.

Lange Haftstrafe für Missbrauch der Nichten

Stuttgart (dpa/lsw). Ein 54 Jahre alter Mann muss für neun Jahre und sechs Monate ins Gefängnis, weil er zwei minderjährige Nichten mehr als 200-mal sexuell missbraucht hat.

Die Jugendkammer des Landgerichts Stuttgart blieb mit dem Urteil unter der Forderung der Staatsanwaltschaft von elf Jahren Haft. Der Anwalt des Angeklagten hatte eine angemessene Strafe gefordert. Der 54-Jährige hatte die Taten weitgehend eingeräumt. Er kann Revision gegen das Urteil einlegen.

Laut Anklage hat sich der Mann an seinen heute 14 und 17 Jahre alten Nichten bei sich zu Hause in Stuttgart und Ostfildern vergangen.

Pädophiler verhaftet

Mann aus Albstadt geht US-Fahndern ins Netz

Albstadt (dpa). Ein Mann aus Albstadt ist der US-Polizei ins Netz gegangen, als er über das Internet ein Mädchen für einen sexuellen Missbrauch buchen wollte. Der 49-Jährige war nach Angaben der Staatsanwaltschaft Cleveland auf eine fingierte Internet-Seite der US-Polizei hereingefallen. Für 1 150 US-Dollar (rund 820 Euro) hatte er dort einen achtstündigen Aufenthalt mit einem elf-jährigen Mädchen gebucht.

Als er im März von Stuttgart nach Cleveland geflogen sei, um das Mädchen zu treffen, hätten die Handschellen geklickt, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Der Mann habe

„Schulpolitik ist verwirrend“

Stuttgart (dpa/lsw). Die CDU im Landtag hat der grün-roten Landesregierung Orientierungslosigkeit in der Bildungspolitik vorgeworfen. „Es herrscht immer mehr Verwirrung bei Lehrern, Eltern und Schulträgern“, kritisierte Fraktionschef Peter Hauk in Stuttgart. Die Zukunft der Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige sei so ungewiss wie die der Werkrealschulen.

Überdies befürchte er, dass mit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung die soziale Schere im Südwesten weiter auseinandergehe. Gerade bildungsferne Familien würden ihre Kinder trotz guter Begehung für Realschule oder Gymnasium in die Hauptschule schicken. Die geplante Gemeinschaftsschule werde der Vielfalt von Kindern und Jugendlichen nicht gerecht.

Den Schulträgern gaulke Grün-Rot vor, sie könnten ihre Schulstandorte durch die Gemeinschaftsschule retten. Dabei sei die von Schwarz-Gelb eingeführte Werkrealschule mit einem mittleren Abschluss die Antwort auf die rückläufigen Schülerzahlen. Anders als Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), die Haupt- und Realschule in einer Oberschule aufgehen lassen will, hält Hauk an der Hauptschule fest: „Den Bildungsabschluss der Hauptschule muss es auch in Zukunft noch geben.“ Mit Blick auf Schavan und die Zuständigkeit der Länder für Bildungspolitik fügte er hinzu: „Es gibt ein Einmischungsverbot.“

Als größte Baustellen des SPD-geführten Kultusministeriums sieht der Christdemokrat überdies den Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen, den Abbau des Unterrichtsdefizits an Berufsschulen und flexible Arbeitszeitleistungen für Lehrer. Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer gratuliert Fraktionschef Peter Hauk zu der Erkenntnis, dass Bildungspolitik den Veränderungen in der Welt angepasst werden müsse. Schade sei allerdings, dass die CDU bei ihren Schlüssen daraus eng ihren althergebrachten Vorstellungen verhaftet bleibe.



Peter Hauk Foto: dpa

Menschen im Land haben wenig Angst vor der Zukunft

Für die neue Studie sind 2 400 Deutsche interviewt worden

Karlsruhe/Berlin (lsw). Trotz Euro-Schuldenkrise und Lebensmittelskandalen sind die Baden-Württemberger mit den Berlinern und Nordrhein-Westfalen am zuversichtlichsten. Das geht aus der repräsentativen Studie „Die Ängste der Deutschen“ hervor, die die R+V-Versicherung gestern in Berlin vorgestellt hat. In den drei Bundesländern gaben vergleichsweise geringe 39 Prozent der Befragten an, große oder sehr große Angst vor der Zukunft zu haben. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern waren die Befragten dagegen am ängstlichsten. Hier sprachen 56 beziehungsweise 54 Prozent von großen Sorgen.

Für die Studie sind rund 2 400 Deutsche interviewt worden, darunter knapp 250 Baden-Württemberger. Am meisten Angst haben die

Menschen im Südwesten demnach vor Naturkatastrophen (67 Prozent) und vor einer Überforderung der Politiker (58 Prozent). Erst dahinter kommt die Sorge vor steigenden Lebenshaltungskosten (56 Prozent) und vor Pflegebedürftigkeit im Alter (54 Prozent). Bundesweit haben die Befragten am meisten Angst davor, dass die Euro-Schuldenkrise sie als Steuerzahler zusätzlich belastet. Auch die Schadstoffbelastung von Lebensmitteln bereitet ihnen Sorge. Je 70 Prozent der rund Befragten haben davor große Angst.

Bei den 16 jährlich erhobenen Standardfragen äußerten die Deutschen jedoch insgesamt überraschend wenig Sorgen: So sank die Angst vor der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 24 Prozentpunkte auf 37 Prozent.

Weihrauchfass kommt nicht zum Einsatz

Waghäusel (epd). Das vermutlich größte Weihrauchfass der Welt kommt aus Sicherheitsgründen nicht beim Papstbesuch zum Einsatz. Angesichts der Sicherheitsstufe 1 für Benedikt XVI. sei der „Risikofaktor zu groß“, die rund 130 Kilogramm schwere Hohlkugel aus silberglänzendem Aluminiumstahl einzusetzen, teilten die Ministranten der katholischen Gemeinde St. Jodokus Wiesental mit. Die Entscheidung sei vom Erzbischof Freiburg und dem Staatssekretariat des Vatikans getroffen worden.

Das überdimensionierte Weihrauchfass war im vergangenen November eingeweiht worden. Derzeit wird geklärt, ob das Weihrauchfass auf dem Katholikentag 2012 in Mannheim eingesetzt werden kann.

Mit WeberHaus bauen heißt sehr persönlich bauen.

Deshalb ist das Gespräch von Mensch zu Mensch der beste Weg, gut ans Ziel zu kommen. Unsere Bauberater in den WeberHaus Bauforen sind dafür genau die richtigen Partner.



Weitere Infos in Ihrem WeberHaus Bauforum

►► Rheinau-Linx ☎ 0 78 53 - 9 28 30

►► Pforzheim ☎ 0 72 31 - 5 66 17 90

Öko. Logisch.

Warum es sich in einem WeberHaus rundum natürlich wohnt? Weil die energieeffiziente Holzbauweise und umweltfreundliche Haustechnik mehr Lebensqualität bieten. Wir finden: Die Zukunft fängt im eigenen Zuhause an.

WeberHaus[®]
Die Zukunft bauen



Mehr ökologische Häuser auf www.weberhaus.de oder in der World of Living in Rheinau-Linx